



CDU STADTRATSFRAKTION
SAARBRÜCKEN



**Freie
Demokraten**
FDP Stadtratsfraktion

Datum: Antragsteller/-in: Sachbearbeiter/-in: E-Mail: Telefon: Telefax:	20.09.2019 Sandra Steinmetz Jeanne Dillschneider Rainer Ritz Dr. Helmut Isringhaus Rodriguez Maicas, José Ignacio 0681/905-1403	FRA/1164/19
Beratungsfolge und Sitzungstermine		
Gremium	Sitzungsdatum	Status
Ausschuss für soziale Angelegenheiten und Integration	25.09.2019	Ö
Betreff: Verbot von Bordellwerbung		
Beschlussvorschlag: Der Ausschuss beschließt: a) Die Verwaltung berichtet, ob und welche Gespräche zum Verbot sexistischer Werbung es bislang gab und warum diese nicht zum Erfolg geführt haben. b) Die Verwaltung stellt die rechtlichen Möglichkeiten eines Verbotes von Bordellwerbung dar. c) Die Verwaltung führt Gespräche mit den lokalen Werbetreibenden und deren Auftraggebern, um eine Einigung zu erzielen an besonders sensiblen Standpunkten (wie etwa Kirchen, Schulen, KiTas, Familienzentren,		

Frauenunterstützungseinrichtungen) Bordellwerbung zu unterbinden. Insbesondere sollte darauf geachtet werden, dass Schulwege frei von Bordellwerbung sind.

Begründung:

Bordellwerbung verschleiert die Realität des Gewerbes und stellt Prostituierte und ihre Körper als Ware im öffentlichen Raum dar. Es wird der Eindruck erweckt, Frauen seien käufliche Objekte, die jederzeit für sexuelle Dienstleistung zur Verfügung stehen. Auch wird der Lebensumstand der Frauen außer Acht gelassen. Darstellungen und Aussagen auf Bordellwerbungen sind diskriminierend und verletzen die Würde der Frauen. Das Prostitutionsschutzgesetz verfolgt jedoch den Zweck, das Selbstbestimmungsrecht von Sexarbeiterinnen zu gewährleisten.

Auch gilt es, zum Zwecke des Jugendschutzes auf Bordellwerbung an sensiblen Standpunkten zu verzichten. Die käufliche Verfügbarkeit von Frauen wird durch die Werbung als Normalität dargestellt.



Sandra Steinmetz



Jeanne Dillschneider



Rainer Ritz



Dr. Helmut Isringhaus